

01.03.2007

## Berlin: Perspektive Sozialer Arbeitsmarkt

### Fachgespräch: Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Unter dieser Überschrift trafen sich mehr als neunzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Verbänden, von Beschäftigungsträgern, Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen, Gewerkschaften und weitere Interessierte in Berlin, um über die **Komponenten eines erfolgreichen sozialen Arbeitsmarktes** zu diskutieren. Dabei ging es sowohl um die Frage der inhaltlichen Ausgestaltung als auch um die erforderlichen Rahmenbedingungen.

Denn trotz der erfreulichen konjunkturellen Entwicklung bleibt der Arbeitsmarkt gespalten. Der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt geht an den Langzeitarbeitslosen bisher vorbei. Eine Gruppe von schätzungsweise 400.000 Menschen muss sogar damit rechnen, absehbar keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt zu haben. Mangelnde Qualifikation, gesundheitliche Beeinträchtigungen und andere persönliche Handicaps stehen dagegen.

Gegen diese individuelle und gesellschaftliche Perspektivlosigkeit setzen Bündnis 90/Die Grünen und viele andere arbeitsmarkt- und sozialpolitische Akteure auf das **Instrument der öffentlich geförderten Beschäftigung. Langfristig und verlässlich angelegt, soll mit ihr den Betroffenen durch Qualifizierung und Unterstützung der Wiedereinstieg in Arbeit** ermöglicht werden.

Unter der Leitung der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Fraktion, **Brigitte Pothmer**, verfolgte die Veranstaltung drei Fragestellungen:



Die erste mit dem Titel "**Unterstützung oder Abstellgleis**" befasste

sich mit den möglichen Tätigkeitsfeldern, den Bedingungen und der Integrationsperspektive sozialer Beschäftigung. **Markus Kurth**, Sprecher für Sozialpolitik der Fraktion und ebenfalls Gastgeber der Veranstaltung, konnte hier den Geschäftsführer der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen, **Rainer Bomba** begrüßen, der für das "Projekt Bürgerarbeit" zu Gast war. Mit dem Projekt Bürgerarbeit werden zurzeit in Sachsen-Anhalt erste Erfahrungen mit Pilotprojekten für ein lokal angelegtes Segment sozialer Beschäftigung gemacht. Bomba berichtete von einem erfolgreichen Experiment, das zeige, wie unter lokaler Regie Menschen neue Erwerbsperspektiven gewinnen und gleichzeitig sinnvolle, aber brachliegende Arbeiten erledigt werden können – und dies bei Kosten, die sich im Rahmen der bisherigen Ausgaben für Arbeitslosigkeit bewegen. Mit **Gretel Wildt** vom Diakonischen Werk und **Prof. Dr. Georg Cremer** von der Caritas waren außerdem zwei Wohlfahrtsverbände vertreten, die eigene Konzepte für öffentlich geförderte Beschäftigung entwickelt haben und zudem über zahlreiche Erfahrungen als Träger verfügen. Wildt wies auf die Notwendigkeit einer gesicherten Finanzierung hin und stellte "PAT" vor, das Passiv-Aktiv-Transfer Modell des Diakonischen Werks. PAT funktioniert dabei wie die grüne Idee, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Die vorhandenen Mittel aus Regelleistung, Kosten der Unterbringung etc. werden für die Bezahlung sozialversicherungspflichtiger Arbeit gebündelt. Cremer stellte u.a. klar, dass ein sozialer Arbeitsmarkt kein Ersatz, sondern die Ergänzung bestehender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sei. Insbesondere dürfe er kein Ersatz für Weiterbildung und Qualifizierungsanstrengungen sein. Mögliche Tätigkeitsfelder könnten nicht nur im sozialen, sondern

auch im gewerblichen Bereich angesiedelt sein. Angesichts der Unterschiede innerhalb der Zielgruppe müsse es genauso unterschiedliche Beschäftigungsangebote geben. Einigkeit bestand darüber, dass es ein Wunsch- und Wahlrecht bei der Auswahl der eigenen Tätigkeit für die Betroffenen geben müsste. Nicht einig waren sich die Anwesenden allerdings über die Lohnfrage. Während die einen die Orientierung an Tariflöhnen geboten sahen, sprachen sich andere für Differenzierungen im Sinne des Lohnabstandsgebots aus.



Die zweite Runde "**Sinnstiftung oder Stigmatisierung**" diskutierte

die Zielgruppe, die Auswahlkriterien zur Bestimmung der Zielgruppe und den Befristungshorizont sozialer Arbeit. Diskutiert haben **Hansjörg Böhringer**, Vorstandsvorsitzender der BAG Arbeit und **Ingo Kolf** vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Böhringer stellte die Notwendigkeit eines Segmentes öffentlich geförderter Beschäftigung heraus, ordnete es jedoch in ein Gesamtkonzept regionaler Integrationsunterstützung ein. Sonst bestehe die Gefahr der Stigmatisierung der Betroffenen. Kolf hob den aktuellen Handlungsbedarf auch vor dem Hintergrund der politischen Ausgangslage hervor. Schaffe man nicht in diesem Jahr die Rahmenbedingungen, würde die Realisierung eines sozialen Arbeitsmarktes wahrscheinlich in weite Ferne rücken. Beide betonten, dass Jugendliche nicht zu der Zielgruppe zählen dürften, für sie müssten Ausbildung und Qualifizierung oberste Priorität haben. Kritisch wurde der Vorschlag des DGB beurteilt, zunächst Ältere als Zielgruppe ins Blickfeld zu nehmen. Letztlich herrschte Einigkeit darüber, dass es keine zentralen Vorgaben geben dürfe, sondern es auf den Gestaltungsspielraum vor Ort ankomme. Regionale Besonderheiten des Arbeitsmarktes und die individuelle Lage bei den Betroffenen müssten ausschlaggebend für die konkrete Hilfeplanung sein. Hier wurde auch seitens des Publikums mehr Autonomie der Arbeitsgemeinschaften vor Ort angemahnt.

Die Fragen nach der Zusätzlichkeit, von Nachteilsausgleichen und der Kofinanzierung diskutierte schließlich die Runde "**Kooperation und Konkurrenz**". Hier gab zunächst **Ingrid Kortmeyer-Pohl** von der Bundesagentur für Arbeit einen Überblick über bestehende Instrumente der öffentlich geförderten Beschäftigung. Ihre These lautete: Wir brauchen keine neuen Instrumente, sondern müssen lediglich die vorhandenen kreativer einsetzen. Hierfür seien die örtlichen Akteure und Netzwerke am besten geeignet. Dem wurde kritisch entgegen gehalten, dass gerade die Bundesagentur die Kompetenzen vor Ort häufig stark einschränke. **Anton Senner**, Geschäftsführer der BAG Integrationsfirmen stellte den Ansatz Integrationsfirmen vor. Es handelt sich dabei um gewerbliche Unternehmen, in denen Menschen mit Behinderungen arbeiten. Integrationsfirmen könnten, so Senner, ein Modell auch für andere Zielgruppen in einer Größenordnung bis 20.000 Teilnehmer sein. Das Problem der Zusätzlichkeit ergebe sich hier nicht, da die Förderung nur den Nachteil der Personengruppe ausgleiche, der von jedem Arbeitgeber genutzt werden könnte.

Zusammenfassend halten wir als **Ergebnisse des Fachgesprächs** fest, dass

- weitgehende **Einigkeit über die Notwendigkeit besteht, ein verlässliches Segment öffentlich geförderter Beschäftigung zu schaffen**, da der Markt allein nicht in der Lage ist, Menschen mit vielfältigen Handicaps eine Perspektive auf Teilhabe zu bieten. Junge Erwachsene unter 25 Jahren sollen nicht zur Zielgruppe eines sozialen Arbeitsmarktes zählen. Für sie müssen Ausbildung und Qualifikation an erster Stelle stehen. Für die Teilnehmer muss weiterhin die Integration in den regulären Arbeitsmarkt möglich sein und unterstützt werden.

- die **Instrumente der öffentlich geförderten Beschäftigung finanzierbar gemacht werden müssen**, ohne zu Lasten der anderen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose zu gehen. Dafür ist die Möglichkeit einer Aktivierung der passiven Mittel erforderlich, also insbesondere der Mittel für die Sicherung des Lebensunterhaltes und der Wohnkosten, um damit sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bezahlen zu können. Die Kooperation der beteiligten Ebenen, also vor allem des Bundes, der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen ist hierfür die Voraussetzung.
- öffentlich geförderte Beschäftigung **Teil einer Gesamtstrategie** ist, deren Ziel die Integration in den Arbeitsmarkt bleibt.
- der Prozess der **Regionalisierung der Arbeitsmarktförderung** ausgebaut werden muss. Allerdings gehen die Bestrebungen des Bundesministeriums für Arbeit und der Bundesagentur für Arbeit derzeit in eine andere Richtung.
- die **politischen Chancen zur Etablierung eines sozialen Arbeitsmarktes augenblicklich so gut sind, wie lange nicht**.  
Allerdings liegen die Konzepte der Koalitionsfraktionen – wie so häufig – weit auseinander. Zwar existiert das vorliegende Kompromiss-Konzept von Klaus Brandner (SPD) und Karl-Josef Laumann (CDU), doch ist nach wie vor unklar, ob die Unterstützung in der Koalition dafür ausreicht. Darüber hinaus handelt es sich dabei lediglich um ein weiteres Kombilohn-Modell, das nach allen Erfahrungen an der eigentlichen Zielgruppe vorbei geht.

Es wird maßgeblich darauf ankommen, dass Opposition, Verbände und andere Interessengruppen weiterhin für die Perspektive sozialer Arbeitsmarkt und ihre Ausgestaltung streiten.

Die nächste parlamentarische Gelegenheit bietet die Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales Anfang Mai 2007, in der u.a. der grüne Antrag "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" erörtert wird.